

# Grundrisse kritischer Kinderarmutsforschung

Der folgende Aufsatz möchte helfen, Konzepte, Theorien und Methoden der Kinderarmuts-Forschung einzuordnen und ihre Relevanz am Beispiel der Debatte um die Kindergrundsicherung veranschaulichen. Dazu werden zunächst Vorgehensweisen verschiedener armuts-verzerrender Darstellungen in Medien und Wissenschaft betrachtet. Dadurch lassen sich verharmlosende und Ursachen mit Anlässen verwechselnde Armutsbetrachtungen einiger Forscher\*innen und Journalist\*innen problematisieren. Deutlich werden dabei Differenzen zwischen verschiedenen Armutsansätzen aus Wissenschaft, Politik, Medien und Sozialverbänden. Sie lassen sich auch auf konzeptionelle und methodische Differenzen sowie soziale Interessen und damit verbundene Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zurückführen. Als Bestandteil kritischer Kinderarmutsforschung werden zudem mediale und politische Diskurse über Kinderarmut und deren sozioökonomische Kontexte unter die Lupe genommen. Ebenso wird der Frage nachgegangen, wie und warum bisherige Maßnahmen gegen Kinderarmut nicht erfolgreich wirken und was aktuell mit der von der Bundesregierung versprochenen Kindergrundsicherung geplant und zu erwarten ist. Schließlich wird skizziert, was eine kapitalismuskritische und klassenanalytische Kinderarmutsforschung von der üblichen Forschung und den bisherigen Maßnahmen unterscheidet.

## Umstrittenes Armutsausmaß aufgrund kontroverser Armutsbegriffe

Laut Sozialbericht 2021 des Bundesarbeits- und Sozialministeriums liegt in der Bundesrepublik »nach den Daten des SOEP<sup>1</sup> und des Mikrozensus<sup>2</sup> (...) die Armutsrisikoquote von Kindern deutlich über der Armutsrisikoquote für die Gesamtbevölkerung (SOEP 20,7 % gegenüber 16,1 % und Mikrozensus 20,5 % gegenüber 15,9 %), nach den Daten von EU-SILC<sup>3</sup> jedoch darunter (12,1 % gegenüber

- 
- 1 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 12.000 Privathaushalten in Deutschland. Die Befragung wird im jährlichen Rhythmus seit 1984 immer bei denselben Personen und Familien (= stets demselben Panel) durchgeführt. Die befragten Personen und Familien wurden »zufällig« ausgewählt, so dass sie die in Deutschland lebenden Menschen repräsentieren.
  - 2 Der Mikrozensus ist eine durch die Statistischen Landesämter durchgeführte und vom Statistischen Bundesamt koordinierte und ausgewertete Befragung von jährlich 1 Prozent der Privathaushalte in Deutschland, was etwa 390.000 Haushalten mit 830.000 Bürger(inne)n entspricht.
  - 3 Die Erhebung der Europäischen Union zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) LEBEN IN EUROPA (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist eine europäische Erhebung mit dem Ziel, zeitlich vergleichbare Daten zu sammeln. Sie wird seit 2005 in allen EU-Staaten, Norwegen und Island einheitlich durchgeführt und liefert als einzige amtliche Quelle international vergleichbare Informationen zu Einkommensverteilung, Armut und Lebensbedingungen in Europa. Für LEBEN IN EUROPA werden jedes Jahr in Deutschland rund 14.000 Haushalte befragt.

14,8 %).« (BMAS 2021, S. 146). Je nach Datensatz gibt es noch große Differenzen in der Ermittlung des Ausmaßes der Kinderarmut.

In einem sog. Policy Brief der Bertelsmann Stiftung zum Thema »Kinderarmut und Kindergrundsicherung: Daten und Fakten« vom Juli 2023 ermittelten Antje Funcke und Sarah Menne zum ungelösten strukturellen Problem Kinderarmut in Deutschland: »Im Jahr 2022 sind 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (21,6 %) armutsgefährdet. Bei den jungen Erwachsenen von 18 bis 24 Jahren sind es 1,55 Millionen (25,3 %).« (Funcke/Menne 2023, S. 1) Bis dahin ließ sich der Kenntnisstand über Kinderarmut aus Regierungssicht z. B. mit Hilfe des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom April 2017 folgendermaßen umreißen: »Von den insgesamt rund 12,9 Millionen Kindern unter 18 Jahren leben in Deutschland [...] je nach Datenquelle rund 1,9 bis 2,7 Millionen Kinder mit einem Armutsrisiko«; Kriterium ist, dass »die Haushalte, in denen sie leben, über weniger als 60 Prozent des Medians aller Nettoäquivalenzeinkommen verfügen.« (BMAS 2017, S. 252). Gegenüber dieser in der Europäischen Union genutzten Armutsdefinition äußern in Deutschland angesichts des »Armutsbericht 2022 des Paritätischen Gesamtverbands manche Journalist:innen und Wissenschaftler:innen deutliche Vorbehalte. Denn obwohl in Politik, Medien und Wissenschaft praktisch alle einig zu sein scheinen, dass (Kinder-)Armut bekämpft werden muss, ist die Frage, was Kinderarmut ist oder wann sie beginnt, keineswegs geklärt. Je nach Armutsbegriff schwanken die Bewertungen. Während der Lebenslagenansatz am differenziertesten soziale Benachteiligungen von Kindern im Bereich Einkommen sowie Bildung, Gesundheit, soziale Netzwerke, Wohnen misst, ist er zugleich am schwierigsten zu operationalisieren (vgl. Klundt 2008, S. 80ff.). Umgekehrt setzt der sog. Ressourcenansatz darauf, Armut nur an der vorhandenen Bedürftigkeit festzumachen (Sozialhilfe, Hartz IV, Bürgergeld). Dadurch geraten jedoch alle Nicht-Grundsicherungsbeziehenden aus dem Blickfeld. Außerdem erwidern konservative Politiker dagegen, dass z. B. »Hartz IV-Bezug keine Armut, sondern bekämpfte Armut« sei (vgl. Klundt 2019, S. 8f.). Das sich am allgemeinen Lebensstandard orientierende relative Armutsverständnis neigt zu eher gesellschaftskritischen Einschätzungen. Dagegen tendieren Begriffe absoluter Armut in einem reichen Industriestaat eher zu Bagatellisierungen sozialer Ungleichheit. Verweise auf im Vergleich zu früher oder zu sog. Entwicklungsländern gestiegenem Wohlstand führen in der Regel dazu, den hiesigen und heutigen Armutszustand als harmlos darzustellen (»Jammern auf hohem Niveau«).

## Differenzen in der Armutsdarstellung

Notwendig für eine adäquate Kinderarmutsforschung ist auch die Untersuchung von Armutsdarstellungen in Medien, Politik und Wissenschaft, da diese Diskurse meist einflussreicher die Thematik und deren politische Bearbeitung bestimmen als die Ermittlung der reinen empirischen Primärdaten. Zu ihrer Veranschaulichung wird deshalb anhand verschiedener Beispiele gezeigt, wie ein verzerrtes

Armutverständnis auch auf gesellschaftliche Armutsdiagnosen Einfluss nimmt. So ist etwa die Unterscheidung von Median und Durchschnitt bei der Betrachtung von Armut äußerst wichtig, wie in dem folgenden Beispiel gezeigt wird: Kommt in einen Saal mit 20 durchschnittlich verdienenden Erzieherinnen ein Milliardär hinein, so sind daraufhin alle im Saal durchschnittlich Multimillionär\*innen. Geschieht das Gleiche mit dem Median, so wird der Milliardär an die Spitze gestellt, und danach reihen sich alle pädagogischen Fachkräfte vom höchsten zum niedrigsten Gehalt hintereinander auf. Diejenige in der Mitte, d.h. mit 10 Einkommen über und 10 Einkommen unter sich, verfügt über das Median-Einkommen in dieser Gruppe. Anders, als viele Journalist\*innen und manche Wissenschaftler\*innen immer noch glauben, bedeutet das, dass Extrem-Werte gerade nicht das Gesamt-Ergebnis verzerren – oder anders gesagt: Armut würde *eben gerade nicht* abnehmen, wenn Gutverdiener einen wirtschaftlichen Einbruch erlitten, da entscheidend wäre, was sich in der Mitte tut und nicht an den Rändern. Da dieser Unterschied von Median und Durchschnitt seit Jahrzehnten in praktisch jedem Armutsbericht zu finden ist, darf davon ausgegangen werden, dass journalistische, wissenschaftliche oder politische Vertreter:innen absichtlich immer noch und immer wieder mittels einer Nicht-Unterscheidung von Median und Durchschnitt zur Bagatellisierung von Armut in Deutschland beitragen (wollen). Genau im Gegensatz zu diesen Armuts-Verharmlosern, bedeutet die herkömmliche Median-Armutsbestimmung jedoch, dass eine sich extrem spaltende Gesellschaft zwischen einer immer reicheren oberen Hälfte und einer gleichbleibend ärmeren unteren Hälfte der Bevölkerung womöglich durch die Median-Bestimmung der Armutsquote und der Armutsrisikoschwelle nicht sonderlich dynamisch-differenziert abgebildet wird, da sich in diesem Falle in der Mitte wenig entwickelt. Wer diese Ungleichheit differenziert betrachten will, müsste eigentlich auch mit dem Durchschnitt aller zur Verfügung stehenden Einkommen und Vermögen rechnen.

Um die vorhandene Armutsentwicklung in ihrer Bedeutung herabzusetzen, als »Zahlenspiel« zu verharmlosen und mitunter gar ins Lächerliche zu ziehen, bemühen sich manche Autor:innen nicht darum, den statistischen Durchschnitt und den Median zu unterscheiden. So fördert etwa der Autor der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), Michael Kohlstadt, große Zweifel und Skepsis hinsichtlich der Frage, ob die Armuts-Befunde des Paritätischen überhaupt zutreffen und ob es nicht auch andere Sichtweisen gebe (vgl. WAZ v. 14.7.2022): »Die Armutsgefährdungsquote ist ein Maßstab zur Messung relativer Einkommensarmut. Sie wird einem EU-Standard entsprechend definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens in einem Land oder einer Region beträgt. Das Durchschnittseinkommen (wissenschaftlich korrekt: Äquivalenzeinkommen) wird nach einem komplizierten Verfahren als Pro-Kopf-Einkommen ermittelt.« Der Journalist hat demnach den Unterschied zwischen Durchschnitt und Median nicht wirklich verstanden. Um sein Missverständnis fachmännisch zu beweisen, lässt der WAZ-Autor den Wis-

senschaftler Christoph Schröder vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu Wort kommen. Und auch der scheint sich in Statistik nicht wirklich auszukennen, falls er mit den folgenden Worten korrekt wiedergegeben wird: »Ein Problem ist das Durchschnittseinkommen, das sich auch dann verändert, wenn nicht nur die breite Mehrheit reicher wird, sondern nur einige wenige Superreiche. Beispiel: Würden in eine Kleinstadt viele schwerreiche Fußballstars ziehen, könnte dort selbst der gutverdienende Reihenhausbesitzer statistisch schnell unter die Armutsgrenze rutschen.« (WAZ v. 14.7.2022) Um genau solche Verzerrungen zu vermeiden, wird in der Armutsforschung seit Jahrzehnten der Median statt des Durchschnitts verwendet.

Ähnliche Zweifel wie Michael Kohlstadt in der WAZ hegt auch Roland Preuß in der Süddeutschen Zeitung, wenn er schreibt: »Wer wirklich arm ist – 13,8 Millionen Arme in Deutschland – diese Zahl hat kürzlich das Land aufgeschreckt. Doch stimmt sie überhaupt?« (SZ v. 15.7.2022) Zur Untermauerung seiner Bedenken wird Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zitiert: »Der Paritätische malt ein Szenario an die Wand, das es nicht gibt«, sagt Markus Grabka vom Wirtschaftsforschungsinstitut DIW. »Die Zuspitzung ist nicht sinnvoll, wenn wir über wirksame Armutsbekämpfung diskutieren wollen«, sagt Georg Cremer, der ehemalige langjährige Generalsekretär des Caritasverbandes.« Letzterer versucht seit zwei Jahrzehnten zu beweisen, dass die Armut in Deutschland nichts mit der sog. Agenda 2010 sowie Hartz IV zu tun habe und außerdem eigentlich auch nicht allzu schlimm sei. Deutschland sei »gerechter, als wir meinen«, auch aufgrund seiner »seit 2005 alles in allem erfolgreiche(n) Arbeitsmarktpolitik« (siehe Cremer 2018, S. 118). Leider wird zu den Behauptungen von Grabka und Cremer im SZ-Artikel keine Begründung und kein Argument vorgebracht. Um seine Skepsis hinsichtlich der Armut-Definition aber zu begründen, stellt Preuß die folgende These auf: »Die Definition geht auf eine EU-Konvention zurück, sie ist verbreitet, aber durchaus umstritten. So bliebe die Zahl der Armen gleich, auch wenn sich plötzlich für alle das Einkommen verdoppeln würde. Überspitzt gesagt: Unter lauter Filetessern ist das Schnitzel auf dem Teller ein Beleg für Armut. Gleichzeitig würde die Armut abnehmen, wenn Gutverdiener einen wirtschaftlichen Einbruch erlitten, ohne dass die Niedrigverdiener auch nur einen Cent mehr in der Tasche hätten. Was zählt, ist die Ungleichheit.« (SZ v. 15.7.2022)

Selbst wenn es tatsächlich auch um Ungleichheit geht, ist die Darstellung von Preuß sachlich nicht korrekt im Sinne der herkömmlichen Armutbestimmung, da der Median gerade nicht auf Extremwerte hin orientiert, sondern nur auf die Mitte fixiert ist.

## Zwischen verbaler und realer Armutsreduktion

Unterdessen kommt der Ökonom Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) anhand seiner Berechnung aller Minderjährigen in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zu der Zahl

von 1,2 Millionen armen Kindern in Deutschland. Dagegen rechnetete noch zuletzt das Statistische Bundesamt (vgl. Statistisches Bundesamt v. 26.7.2023) mit über 20 Prozent Kindern in Armut. Ein Fünftel von ca. 14 Mio. Kindern wären etwa 2,8 Millionen Minderjährige. Wie kommt es zu solch starken Differenzen? (vgl. DJI Heft Impulse 1/2022, S.26). Es lässt sich feststellen, dass die von Plünnecke genannten 1,2 Mio. Kinder nur diejenigen sind – oberste Spalte der im DJI-Heft gezeigten Grafik –, deren Eltern nicht erwerbstätig sind. In den Spalten darunter gibt es jedoch ebenfalls Kinder in Haushalten, deren Einkommen sich unterhalb der Armuts(risiko)schwelle von 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens befinden. Dazu zählen etwa noch Kinder in Armut aus Teilzeit-Alleinverdiener-Haushalten (904.000), aus Vollzeit-Alleinverdiener-Haushalten (533.000), aus Teilzeit-Doppelverdiener-Haushalten (76.000) und aus Teilzeit-/Vollzeit-Doppelverdiener-Haushalten (166.000) sowie aus Vollzeit-Doppelverdiener-Haushalten (16.000). Diese insgesamt über 1,6 Millionen Kinder werden im Heft der DJI-Impulse 1/2022 auf Seite 26 durch die Überschrift »Ca. 1,2 Mio. Kinder gelten bundesweit als armutsgefährdet« fälschlicherweise unterschlagen, womit über die Hälfte der vorhandenen Kinder in Armut übersehen bzw. ignoriert werden.

Es zeigt sich also, dass die Wahrnehmung des realen Ausmaßes der Kinderarmut in Deutschland immer noch von verschiedenen absichtlichen und unabsichtlichen Verzerrungen und Verharmlosungen gekennzeichnet ist. Die Fixierung auf arme Kinder nicht-erwerbstätiger Eltern ist jedoch nicht nur eine Ignoranz gegenüber der Mehrheit armer Kinder erwerbstätiger Eltern. Sie entspricht auch einer neoliberalen Workfare-Logik, wonach jegliche Erwerbsarbeit die Lösung aller sozialen Probleme und vor allem von Armut sei (ein Argument, welches zuletzt v. a. FDP-Politiker gegen die Kindergrundsicherung vorbrachten und dabei Kinderarmut z. T. sozialdemagogisch geschickt als v. a. »Ausländerarmut« hinstellten; vgl. ZEIT.de v. 21.08.2023). In dieses Bild passen einfach keine Kinder von Niedriglöhner:innen, da dann auch z. B. über prekäre Arbeitsverhältnisse und armutsfeste Mindestlöhne usw. gesprochen werden müsste.

Doch nicht nur ihre Verharmlosung trägt dazu bei, dass Kinderarmut in den letzten Jahren nicht wirksam verhindert oder vermindert wurde, sondern sich eher noch gesteigert oder verfestigt hat. Viele (Kinder-)Armutsforscher/innen erforschen zwar Ungleichheitsprozesse und entwickeln richtige, bedarfsgerechte Lösungen für sozialpolitische Probleme und gegen gesellschaftliche Polarisierung in einerseits arme und benachteiligte Lebenslagen und andererseits reiche und privilegierte Milieus (vgl. Becker/Schmidt/Tobsch 2022, S.9ff.). Ursachenanalysen jedoch, warum es zu den von ihnen festgestellten Ungleichheitsprozessen gekommen ist, und Hinderungsgründe sowie Interessen, warum kluge und angemessene Vorschläge beinahe regelmäßig seit Jahrzehnten eher nicht angenommen oder angewandt werden, bleiben oft unterbelichtet. Offensichtlich wird unter diesem breiten gesellschaftlichen Konsens zur Kinderarmutsbekämpfung Unterschiedliches verstanden, Unterschiedliches beabsichtigt – und vor allem: Unterschiedliches erzielt.

## Kinderarmutsbekämpfung durch die Kindergrundsicherung

Die Erkenntnis, dass Kitas und Schulen in sog. sozialen Brennpunkten und mit besonders vielen Kindern mit Migrationshintergrund – und damit hohen Armutsriskien – auch eine im Verhältnis zu anderen Schulen besonders hohe, an ihrem Mehrbedarf orientierte zusätzliche Förderung erhalten sollten, hat sich immer noch nicht durchgesetzt. Ähnliche Ergebnisse ermittelten Marcel Helbig und Rita Nikolai vom Wissenschaftszentrum Berlin in einer Studie, die nachweist, dass z. B. in der Stadt Berlin soziale Ungleichheit und (Bildungs-)Armut perpetuiert werden, wenn Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Vertretungsstunden in Schulen sog. sozialer Brennpunkte auch noch überproportional häufig vorkommen im Vergleich zu Schulen in privilegierten Stadtteilen (vgl. Helbig/Nikolai 2019, S. 24f.). Zudem erhalten im bisherigen System der Familienleistungen (Kindergeld/Kinderfreibeträge, Ehegattensplitting usw.) erstaunlicherweise die Reichsten am meisten und die Ärmsten am wenigsten, wie auch eine Kurzexpertise im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung durch Holger Stichnoth und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) schon 2016 feststellte. »Während 13 Prozent der Ausgaben an die reichsten 10 Prozent der Haushalte gehen, erhalten die ärmsten 10 Prozent lediglich 7 Prozent der Ausgaben« (vgl. Stichnoth 2016, S. 3). Derweil sind im System der Grundsicherung (SGB II/Hartz IV) immer noch keine bedarfsgerechten Regelleistungen für Kinder vorgesehen und der Kinderzuschlag wie auch das Bildungs- und Teilhabepaket erreichen seit Jahren regelmäßig nicht einmal die Hälfte der berechtigten Kinder (vgl. Klundt 2022, S. 102ff.). Diesen und weiteren dringenden Reformbedarf versuchen Konzepte einer Kindergrundsicherung gebündelt und verknüpft mit Infrastrukturleistungen zu bearbeiten, um Kinderarmut wirksam zu vermeiden und zu vermindern.

Die aktuelle Regierung hat sich die Einführung einer Kindergrundsicherung auf die Fahnen geschrieben. Bisherige finanzielle Unterstützungen wie Kindergeld, Leistungen aus SGB II/XII für Kinder, Teile des Bildungs- und Teilhabepakets sowie der Kinderzuschlag sollen in einer einfachen Förderleistung gebündelt und automatisch ausgezahlt werden. Diese soll einen Garantiebetrug für alle Kinder und Jugendlichen sowie einen vom Elterneinkommen abhängigen Zusatzbetrag umfassen. Der politische Streit geht nun darüber, wie viele Kinder erreicht und wie hoch die Leistungsverbesserung sein soll, da sich danach die entsprechenden Kosten entwickeln.

Bei allen Überlegungen in Richtung Kindergrundsicherung ist wichtig, dass Kinder und ihre Familien auch wirklich aus Armut und Hilfsbedürftigkeit befreit werden. Dabei sollte man nicht der Illusion verfallen, Kinder als anscheinend »autonom« aus dem Familienkontext fiktiv herauszulösen und mit einer »eigenständigen Kindergrundsicherung« oder ähnlichem scheinbar aus der Bedürftigkeit zu holen, während der Rest der Familie weiterhin in der Hilfsbedürftigkeit verbleibt. Arme Kinder sind in der Regel Kinder armer Eltern(teile) und sollten nicht gegen

sie ausgespielt werden. Überdies sollte jede Konzeption, die pauschal allen und damit auch vielen nicht bedürftigen Eltern und Kindern mit enormen Finanzmitteln unter die Arme greifen will, daraufhin kritisch unter die Lupe genommen werden, wie ihre effektiven Folgen für die Verhinderung und Verminderung von Kinderarmut aussehen. Das heißt, die Ziel-Mittel-Relation bedarf einer präzisen Analyse. Außerdem ist es auch und gerade für eine kritische Kinderarmutforschung wichtig, beim Eingreifen in politische Diskurse über soziale Polarisierung die Primärverteilung des gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums bei allen sinnvollen Forderungen von Maßnahmen gegen Kinderarmut im Blick zu behalten. Schließlich kann ein z. B. durch Privatisierungen, Hochrüstung und Wirtschaftskrieg arm gemachter Staat nur schwerlich Armut bekämpfen (vgl. Klunt 2022, S. 225f.).

Solche Bedenken sind zu unterscheiden von workfare-orientierter, grundsätzlicher Ablehnung einer armutsfesten Kindergrundsicherung, weil den Eltern unterstellt wird, sie veruntreuten das Geld ihrer Kinder bloß (zugunsten von Alkohol und Zigaretten) und würden überdies durch diese vermeintlich »zu hohe« Sozialleistung von der Erwerbsarbeits-Aufnahme abgehalten (vgl. Wirtschaftswoche v. 5.3.2023; FAZ v. 21.7.2023; FR v. 21.8.2023; ZEIT.de v. 21.08.2023). Kinderrechtsorganisationen und Sozialverbände versuchten, die verschiedenen populistischen, politisch-medialen Verzerrungen zur Verwendung von Familienleistungen durch Verweise auf gegenteilige Forschungsergebnisse zu entkräften. Demnach lässt sich nachweisen, dass die allermeisten Eltern das Geld korrekt für ihre Kinder verwenden (vgl. Schneider 2023; Bündnis Kindergrundsicherung 2023; Paritätischer Wohlfahrtsverband 2023). Außerdem werden nach einem Gutachten des DIW im Auftrag der Diakonie die Kosten der verfestigten Kinderarmut in Deutschland in einer breit angelegten OECD-Studie von 2022 auf jährlich 110 bis 120 Milliarden Euro geschätzt (vgl. FR v. 20.08.2023). In jedem Fall erweisen sich die gesundheitlichen, Bildungs- und sonstigen sozialen Kosten von Kinderarmut als um ein Vielfaches höher, als die Kosten einer armutsfesten Kindergrundsicherung.

Christoph Butterwege stellt zum Streit innerhalb der Ampelkoalition zwischen Finanzminister Lindners Absicht, nur 2 Mrd. Euro für die Kindergrundsicherung zur Verfügung zu stellen, und dem Konzept der Bundesfamilienministerin Paus, welches 12 Mrd. Euro beinhaltet, fest: »Zwischen der Forderung der Grünen und den Vorstellungen der FDP liegt eine Differenz von zehn Milliarden Euro im Jahr. Mit diesen zehn Milliarden Euro wird der Rüstungshaushalt aufgestockt. Mit zehn Milliarden Euro jährlich will die FDP aber auch die private Vorsorge für das Alter fördern. Und mit zehn Milliarden Euro wird die Ansiedlung einer Chipfabrik von Intel bei Magdeburg subventioniert. Dass für alle drei Vorhaben so viel Geld da ist, wie man der Kindergrundsicherung vorenthält, hat schon ein Geschmäcke.« (Butterwege 2023b)

Die sog. Einigung innerhalb der Ampelregierung vom 28. August 2023 auf nun geplante 2,4 Mrd. Euro für 2025 ist der Tatsache geschuldet, dass Unterhalts-



anrechnungen zugunsten erwerbstätiger Alleinerziehender im Bürgergeldbezug um ca. 400 Mio. Euro verbessert werden sollen (vgl. Tagesschau.de v. 28.08.2023). Im Verhältnis zwischen der ursprünglichen Konzeption des »Bündnis Kindergrundsicherung« in Höhe von etwa 20 Mrd. Euro Umfang, dem Erst-Konzept der Familienministerin von 12 Mrd. Euro, ihrem zweiten Vorschlag von 7 Mrd. Euro und ihrem dritten Kostenansatz über 3,5 Mrd. Euro bis zum 27. August 2023, lässt sich der Bundesfinanzminister mit seiner 2 Mrd. Euro umfassenden Haushaltsprognose für 2025 als der bislang deutlichste Gewinner der Kontroverse um die Kindergrundsicherung beschreiben. Wie auf dieser Basis tatsächlich Kinderarmut wirksam vermieden und vermindert werden soll, wird abzuwarten sein. Die Gefahr einer »Kindergrundsicherung light« ist kaum von der Hand zu weisen.

## Gesellschaftspolitische Zusammenhänge

Unterdessen sehen Annette Stein und Jörg Dräger von der Bertelsmann-Stiftung die Gefahr, dass sich junge Menschen in Armut auch als Erwachsene aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit von der Gesellschaft abkoppeln – mit weitreichenden Folgen. »So hängt unter anderem auch die politische Beteiligung mit dem sozialen Status zusammen: je niedriger der sozioökonomische Hintergrund, desto geringer die Wahlbeteiligung.« (Tophoven et. al. 2018, S.7). Die Bertelsmann-Stiftung hat seit Jahrzehnten mit einflussreichen Konzepten zur Privatisierung, Flexibilisierung, Deregulierung und Neoliberalisierung aller gesellschaftlicher Bereiche und besonders von Bildung und Sozialstaat maßgeblich eine gesellschaftliche Polarisierung mit vorangetrieben (vgl. Klundt 2019, S.154f.). Über Jahrzehnte hinweg forderten und beförderten Gutachten der Stiftung sowie ihr eigenes Stiftungs-Steuer-Spar-Modell mehr Ungleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen, wohingegen sie nun demonstrativ sowie medienwirksam die Armuts- und Ungleichheitsfolgen (per Forschungsaufträge) beklagt. Das spricht selbstverständlich nicht gegen die honorigen Armuts-Studien und ihre Verfasser/innen der Gegenwart, sondern allerhöchstens gegen die jahrzehntelange Stiftungspolitik zuvor und deren Förderung von Zuständen, die nun in den aktuellen Studien der Stiftung berechtigterweise als armutsbegünstigend kritisiert werden (vgl. ebd.). Ein Großteil der etablierten Kinderarmutsforschung in Deutschland blendet diese Kausalitäten regelmäßig aus, sodass ihm ein wichtiger Armuts-Begünstigungsfaktor der letzten Jahrzehnte entgeht.

Die Ausblendung zentraler Kontexte und Verursachungszusammenhänge kann auch anhand einiger Beispiele veranschaulicht werden. In einer anderen Bertelsmann-Studie aus dem Jahre 2016 werden insgesamt über 70 Kinderarmutsstudien für die zurückliegenden 15 Jahre gezählt. Die meisten davon ließen den Aspekt der gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und Ursachen (weitgehend) außen vor (Laubstein et. al. 2016, S.24ff.). Eine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Bertelsmann-Stiftung geförderte Untersuchung aus dem Jahre 2016 betont folgende Kausalitäten: »Als häufige Ursachen der Armut von Kindern können das Aufwachsen bei nur einem Elternteil, eine



geringe Arbeitsmarktintegration der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder, ein geringes Bildungsniveau der Eltern sowie ein Migrationshintergrund benannt werden [...]. Besonders von Armut betroffen sind daneben auch Familien mit vielen Kindern« (Tophoven et. al. 2016, S. 18).

Für den »Sozialbericht 2021 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales liegen die »Gründe dafür, dass Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben, (...) insbesondere in eingeschränkter Erwerbstätigkeit der Eltern« (BMAS 2021, S. 146). Zweifellos gibt es in Deutschland gegenwärtig für bestimmte Gruppen höhere Armutsrisiken. Aber Armutsanlässe, wie Scheidung, Alleinerziehenden-Status, Migrationshintergrund oder Arbeitslosigkeit werden oft mit den zugrundeliegenden Ursachen im vorhandenen Wirtschafts- und Sozialsystem verwechselt. Denn eine sozial gerechte Familien- und Sozialpolitik und eine gute Bildungs-, Betreuungs- und Arbeitsmarktpolitik kann auch für Kinder von arbeitslosen, alleinerziehenden oder migrantischen Eltern ein armutsfreies Leben ermöglichen (manche skandinavischen Sozialstaaten konnten bzw. können das z. B. für Kinder von Alleinerziehenden oder von erwerbslosen Eltern vorweisen; vgl. Kludt 2023, S. 85).

Genauso hat auch nicht die Pandemie selbst Armut verursacht, sondern deren Bearbeitung im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse hat zur Reproduktion extremer sozialer Ungleichheitsstrukturen beigetragen. Etwas tiefgründiger als in der herkömmlichen Armutsforschung lassen sich nach Angaben von Christoph Butterwege die Ungleichheitsprozesse im Pandemieverlauf je nach Ebenen analysieren. Dabei unterscheidet er erstens einen gesundheitlich oder pandemiebedingten Polarisierungsprozess, zweitens einen ökonomisch oder rezessionsbedingten Polarisierungsprozess und zum Dritten einen verteilungspolitisch oder subventionsbedingten Polarisierungsprozess voneinander. So differieren im ersten Bereich »Infektions-, Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken der einzelnen Bevölkerungsschichten (...) zum Teil ganz erheblich, sind mit Abstand am höchsten bei armen und am niedrigsten bei reichen Personen«. Zweitens verteilen sich die wirtschaftlichen Kollateralschäden der Pandemie und der Infektionsschutzmaßnahmen des Staates (zweimaliger bundesweiter Lockdown) »nicht gleichmäßig über alle Bewohner:innen der Bundesrepublik. Vielmehr gibt es Gewinner:innen und Verlierer:innen, sowohl in der Wirtschaft (Differenzierung zwischen einzelnen Branchen) als auch in der Gesamtgesellschaft (Polarisierung zwischen verschiedenen Klassen und Schichten).« Schließlich weisen laut Butterwege im dritten Untersuchungsfeld »die bisherigen Hilfsmaßnahmen, Finanzspritzen und Rettungsschirme des Staates eine verteilungspolitische Schieflage auf, wodurch die sozioökonomische Ungleichheit wächst, statt abgemildert zu werden« (Butterwege 2021, S. 13).

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch im Kindes- und Jugendalter vorfinden. Zweifellos haben Corona und die Maßnahmen dagegen unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen und werden von diesen auch unterschiedlich wahrgenommen. Deshalb sollte

die Corona-Pandemie nicht zu voreilig zur Ursache für alle sozialen Probleme, Bildungsdefizite und Mängel im Gesundheitssystem erklärt werden. Häufig war sie vielmehr ein Anlass, der von verschärften Verarmungsprozessen landes- und weltweit ablenkt. Auch hier sollte die Pandemie nicht zu vorschnell allein verantwortlich gemacht werden, sondern die darunter liegenden sozio-ökonomischen sowie bildungs- und gesundheits-systemischen Ursachen sind zu beachten, auch wenn sie allzu oft in Medien, Politik und Wissenschaft von der Epidemie überstrahlt werden.

Warum die Armut-Entwicklung so gekommen ist, wissen viele bürgerliche Kinderarmuts-Forscher/innen überwiegend nicht zu berichten, da ihr Analyseraster und ihr empirisches Forschungs- und Methodenkonzept gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen nicht erfasst. Der sozioökonomische Kontext, soziale Interessen, gesellschaftspolitische Projekte des Neoliberalismus für mehr soziale Ungleichheit und einen breiten Niedriglohnsektor, scheinen ihnen entgangen zu sein. Kapitalismus, Klassengesellschaft oder gar -kämpfe und Kräfteverhältnisse sind für die hegemonialen ABC-Sozialwissenschaften (Anything but Class) genauso inexistent, wie mögliche Subjekte des Handelns und des Wandels. Damit entgeht ihnen allerdings weitgehend, dass sich die Entstehungsursachen der sozioökonomischen Ungleichheit aus der häufig »Globalisierung« genannten neoliberalen Modernisierung erklären lassen, sowie aus Fehlentscheidungen und falschen Weichenstellungen der politisch Verantwortlichen. Da die sozio-ökonomische Ungleichheit in den kapitalistischen Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen wurzelt und der Anstieg der Ungleichheit nicht die naturwüchsige Folge von digitaler Revolution, Wissensökonomie und kühner schöpferischer Zerstörung ist, müssen auch Konsequenzen politischer Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Die Folgen der sozialen Ungleichheit lassen sich, wie Christoph Butterwege hervorhebt, in der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, der Prekarisierung der Lohnarbeit und der Pauperisierung eines wachsenden Teils der Bevölkerung beobachten, während auch die politische Spaltung als nicht minder problematisches Resultat der sozioökonomischen Spaltung kontextualisiert werden muss (vgl. Butterwege 2020, S. 254ff.).

Dabei müsste sich eine notwendig erscheinende Perspektive theoretisch-praktisch mit Interessen, mit Macht und mit Herrschaft auseinandersetzen, also auch mit den Profiteuren der vorhandenen Ordnung, wobei Anti-Kapitalismus als buchstäblich alternativlos für einen auch nur halbwegs demokratischen und sozialen Rechtsstaat erscheint, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt.

## Fazit

Viele Armutsforscher:innen und viele Theorien zeitgenössischer Soziolog:innen abstrahieren von sozioökonomischen Produktions-, Eigentums- und Klassenverhältnissen als zentralen Strukturmomenten bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften (vgl. Butterwege 2020, S. 117f.). Auch die veröffentlichte Meinung hat sich, wie Christoph Butterwege zeigt, hierzulande zu keinem Zeitpunkt ernst-

haft mit dem Problem der sozioökonomischen Ungleichheit auseinandergesetzt und praktisch nie reale Möglichkeiten zu seiner Lösung eruiert. »In den maßgeblichen, das Alltagsbewusstsein prägenden Medien wird der Reichtum (...) eher verschleiert und die Armut verharmlost. Dasselbe gilt für die etablierten Parteien und Politiker, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, die bestehenden Verteilungsverhältnisse und ihre eigene Mitverantwortung dafür zu rechtfertigen« (ebd., S. 143). Zurecht referiert Butterwegge die Position des Soziologen Jürgen Ritsert, wonach die meisten soziologischen Ansätze während der verschiedensten Phasen der BRD-Geschichte das Ziel verfolgten, die Klassen durch Theorie zum Verschwinden zu bringen (vgl. Butterwegge 2020, S. 205). Im Gegensatz zum Mainstream der Soziologie und der Armutsforschung beharrt er auf der Relevanz klassenanalytischer Forschung, wenn er sagt: »Auch im digitalen Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart haben wir es mit einer Klassenspaltung zu tun.« (2023b, S. 3) Diese Erkenntnisse sollten die Basis kritischer Kinderarmutforschung bilden.

Denn viele Maßnahmen (auch die sinnvollen) sind meist so gestrickt, dass sie an der herrschenden sozialen Ungleichheit nichts grundsätzlich ändern (vgl. »Starke-Familien Gesetz«, »Bürgergeld«, »Kindergrundsicherung« usw.). Für die Armutsforschung bedeutet dies, dass, wer (Kinder-)Armut wirklich bekämpfen will, auch über den exorbitant gestiegenen Reichtum in unserer Gesellschaft sprechen muss. Wer die sozialräumliche Segregation in unseren Städten bemängelt, darf nicht vergessen, dass die armen Stadtteile oft so aussehen, wie sie aussehen, weil die reichen Stadtteile so aussehen, wie sie aussehen. Wer den Sozialstaat stärken will, muss die Privatisierung von Sozialversicherungen, von städtischen Wohnungen, Energieversorgern, Krankenhäusern und Pflegeheimen zurücknehmen und dem Profitprinzip entziehen sowie bessere Bedingungen in Schulen, Kitas und Jugendhilfe schaffen. Dass dafür genug Geld da ist, zeigt auch ein DIW-Bericht, wonach sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren auf 13,8 Billionen Euro mehr als verdoppelt hat, sich allerdings zu über 60 Prozent nur in den Händen des obersten Zehntels befindet. Davon könnten jedes Jahr bis zu 400 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt werden, was die absolute Ungleichheit weiter erhöhen wird, da auch hierbei die obersten 10 Prozent den Löwenanteil möglichst steuerfrei für sich reklamieren (vgl. DIW 2/2021, S. 64ff.). Das nachvollziehbare Interesse der Profiteure von sozialer Ungleichheit und von (Kinder-)Armut besteht somit darin, an diesen Verteilungsverhältnissen und dieser sozialen Ungleichheit nichts (grundsätzliches) zu verändern, also auch mit allen politischen, wirtschaftlichen, medialen und wissenschaftlichen Mitteln bspw. eine auskömmlich finanzierte armutsfeste Kindergrundsicherung zu verhindern.

Wenn also laut Angaben der Bundesregierung die »schwarze Null« und die Schuldenbremse eingehalten werden sollen, stellt sich nicht nur zur Umsetzung von Menschen- und Kinderrechten (auf Bildung) und zur Bekämpfung von (Kinder-)Armut die Frage, wie notwendige Investitionen in Kindergrundsicherung,

Bildung und Bürgergeld adäquat und nachhaltig finanziert werden sollen. Sofern keine Vermögensteuer eingeführt wird, keine Bürgerversicherung die Zwei-Klassenversorgung im Gesundheits- und Pflegesystem beendet, wenn mit der gesetzlichen Rente an der Börse spekuliert werden und der Rüstungsetat wie geplant steigen soll, wäre der Kampf für Kinderrechte sowie die Bekämpfung von Kinderarmut geschwächt. Doch das lässt sich ändern, wenn die Betroffenen gemeinsam mit kritischer Wissenschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Politik und Medien real existierende Klassenstrukturen und -interessen zur Kenntnis nehmen und den Profiteuren und deren Klassenkampf (von oben) mit einer Solidarität von unten zu begegnen beginnen.

## Literatur

- Becker, Irene/Tanja Schmidt/Verena Tobsch (2022): WOHLSTAND, ARMUT UND REICHTUM NEU ERMITTELT. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts »Materielle Teilhabe im Lebensverlauf«. HBS-Study 472, Juli 2022. Düsseldorf
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2023): Factsheet Kinderarmut in Deutschland. Gütersloh
- Bündnis Kindergrundsicherung (2021): FAQs zum Konzept Kindergrundsicherung, in: [http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/Buendnis\\_KGS\\_FAQ\\_Final\\_2021.pdf](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/Buendnis_KGS_FAQ_Final_2021.pdf)
- Bündnis Kindergrundsicherung (2023): Bündnis Kindergrundsicherung räumt Mythen ab! V. 22.5.2023, in: <https://kinderarmut-hat-folgen.de/wp-content/uploads/2023/05/Mythen-zur-Kindergrundsicherung.pdf>
- Butterwegge, Christoph (2020): Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Beltz Juventa Weinheim/Basel
- Butterwegge, Christoph (2023a): Kindergrundsicherung: Kaum angekündigt, schon demonitiert?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 4, S. 21-24
- Butterwegge, Christoph (2023b): »Die Armut wird sich nun immer weiter ausbreiten«. Der Sozialforscher Christoph Butterwegge zum Kompromiss über die Kindergrundsicherung und die AfD als Nutznießerin der Ampel-Politik. Ein Interview von Claus-Jürgen Göpfert, in: Frankfurter Rundschau v. 4.7.2023, S. 2-3
- Cremer, Georg (2018): Deutschland ist gerechter, als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme, München
- Funcke, Antje/Sarah Menne (2023): Kinderarmut und Kindergrundsicherung: Daten und Fakten. Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023) Gütersloh
- Helbig, Marcel/Nikolai, Rita (2019): Bekommen die sozial benachteiligsten Schüler\*innen die »besten« Schulen? Eine explorative Studie über den Zusammenhang von Schulqualität und sozialer Zusammensetzung von Schulen am Beispiel Berlins. In: Discussion Paper P-2019-002 des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), März 2019, S. 1-37
- Klunt, Michael (2008): Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polarisierte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Mit einem Vorwort von Christoph Butterwegge. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- Klunt, Michael (2019): Gestohlenes Leben. Kinderarmut in Deutschland. PapyRossa Verlag Köln

- Klundt, Michael (2022): Vergleichende Kinderpolitik-Wissenschaft. Kinderrechte und Kinderarmut in Corona-Zeiten. Beltz Juventa Weinheim Basel
- Klundt, Michael (2023): Kinder in Armut. Benachteiligung, Diffamierung und Stigmatisierung in der Kita begegnen. Herder Verlag Freiburg im Breisgau/Basel/Wien
- Lehmann, Anna/Nicole Opitz (2023): Geld für Kinder – oder Panzer. Ampel streitet über den Haushalt, in: taz v. 21.02.2023
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (2023): Kindergrundsicherung: Breites Bündnis kritisiert Untätigkeit von Bundesarbeitsminister Heil im Kampf gegen Kinderarmut v. 31.05.2023
- Schneider, Ulrich (2023): Offener Brief des Geschäftsführers des Paritätischen Gesamtverbands an den Bundesvorsitzenden der FDP, Bundesminister Christian Lindner, Berlin v. 6.4.2023
- Statistisches Bundesamt (2023): Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss besonders von Armut bedroht, in: Pressemitteilung Nr. N045 vom 26. Juli 2023; unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23\\_N045\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_N045_63.html)
- Stern.de (2023): Sozialverbände kritisieren Schweigen der Koalition zu Kindergrundsicherung, in: Stern.de v. 29.3.2023; unter: <https://www.stern.de/news/sozialverbaende-kritisieren-schweigen-der-koalition-zu-kindergrundsicherung-33327974.html>
- Stichnoth, H./Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (2016): Verteilungswirkungen ehe- und familienbezogener Leistungen und Maßnahmen. Kurzexpertise im Auftrag der Familienpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung. In: E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung vom 17.6.2016. Berlin